



Mein Nachbar NSA

Enttarnt: Die geheimen Standorte der US-Spione in Deutschland



Löw vs. Klinsmann
**Wenn aus Gefährten
Gegner werden**

Niedrigzinsen
**Wohin mit dem
Ersparnen?**

Bildung
**Wie Schule
funktionieren kann**

Printed in Germany
Fürker TL 20, —
Thailand Bait 4,50, —
Tschsch. Republik Kc 17,5, —
Ungarn Ft 1,850, —
Spanien € 5,70
Slowakei € 6,20
Spanien/Kanaren € 5,90
Slovenien € 5,70
Schweden skr 65, —
Portugal (cont) € 5,70
Polen (ISSN 00387452) Zl. 31, —
Norwegen NOK 69, —
Japan Yen 1760, — (+tax)
Malta € 6, —
Hongkong HK\$ 85, —
Italien € 5,70
Finnland € 7,10
Griechenland € 6,20
Frankreich € 5,70
Großbritannien £ 5,10
Belgien € 5, —
Dänemark dkr 46, —
Österreich € 4,90
Schweiz Sfr 7,30

Leitartikel

Partner und Gegner zugleich

Warum der SPIEGEL weitere geheime Dokumente über die NSA-Affäre enthüllt

Das Verhältnis Deutschlands zu den USA in Zeiten der NSA-Affäre gleicht dem Ritt auf einer Schiffschaukel: Aus luftigen Höhen geht es atemberaubend in die Tiefe. Im Sommer vergangenen Jahres, als die ersten Snowden-Enthüllungen bekannt wurden, erklärte die Regierung Merkel die Affäre schon für beendet, bevor sie ihre Wucht entfaltete. Im Herbst aber, als bekannt wurde, dass private Handy der Bundeskanzlerin sei überwacht worden, erreichte das Verhältnis einen Tiefpunkt. Nun war von Konsequenzen die Rede, von einem anderen Umgang unter Verbündeten.

Dann reiste die Kanzlerin nach Washington, und wieder kehrte Friede ein. Seither würden Transatlantiker wie Sicherheitsbehörden am liebsten zum normalen Geschäft übergehen, bei dem die Aufgaben verteilt sind: Die NSA ist der omnipotente Weltgeheimdienst, die Deutschen sind der verständnisvolle, hilfreiche Bündnispartner. Diese Arbeitsteilung aus der Ära vor Edward Snowden war damals schon nicht richtig. Heute aber ist sie fahrlässig.

Der SPIEGEL veröffentlicht mit dieser Ausgabe eine Reihe zentraler Dokumente, aus denen hervorgeht, wie die NSA in Deutschland operiert und wie eng sie mit dem Bundesnachrichtendienst zusammenarbeitet. Das Material aus Snowdens Bestand zeigt, dass Deutschland für die NSA der wichtigste Standort auf dem europäischen Festland ist.

In der amerikanischen Botschaft stehen die Antennen, mit denen das Regierungsviertel abgehört werden kann. Im hessischen Griesheim liegt die Europazentrale der NSA. Dort sieben die Amerikaner aus dem täglichen Strom an europäischen und afrikanischen Daten, an Mails und Telefongesprächen verwertbare Informationen heraus, denn die Interessen der USA sind vielfältig und reichen weit – von den Islamisten im Jemen bis hin zur Bundeskanzlerin in Berlin.

Die NSA ist nicht nur ein Geheimdienst, sondern ein machtpolitisches Instrument zur Sicherung der „informationellen Vorherrschaft für Amerika“, so hat es einst der NSA-Chef Kenneth Minihan formuliert. Sie zielt nicht nur auf Terroristen oder Regierungschefs. Ins Netz geraten auch die Bürger in Deutschland, deren E-Mails oder SMS durch die Rechner des Geheimdienstes laufen.

Die Bundesregierung hat die Selbstherrlichkeit der Weltmacht lange hingenommen. Sie hat manches geahnt, vieles verdrängt und einiges über die Allgegenwart der NSA gewusst, weil der Bundesnachrichtendienst bei den Operationen mitmischte. Dass der BND mit der NSA intensiv kooperiert, nicht nur bei der Terrorbekämpfung, sondern auch bei der unterschiedslosen Massenüberwachung globaler Kommunikationsströme, belegen die neuen Snowden-Dokumente. Die Deutschen sind Partner und Gegner zugleich.

Die Bundeskanzlerin hat einen Amtseid auf das Grundgesetz geschworen. Spionage gegen Deutschland ist nach dem Strafgesetz verboten. Die Grundrechte der Bürger sind also keine flexible Größe, abhängig davon, wie es um das Verhältnis Deutschlands zu den USA gerade bestellt sein mag. Entweder haben die amerikanische und die deutsche Regierung miteinander abgestimmt, was die NSA in Griesheim, Wiesbaden, Berlin, Frankfurt und Stuttgart tun darf – dann müssen die Kanzlerin und ihr Innenminister die Öffentlichkeit darüber informieren, denn beide trügen damit Mitverantwortung für die Handlungen der Amerikaner, die offenbar in Deutschland gewonnene Daten für das Töten mutmaßlicher Terroristen nutzen.

Oder aber die NSA geht auf deutschem Boden ohne Wissen und Billigung der Bundesregierung vor. Dann kommen ihre Operationen der Spionage gleich, und dagegen muss die Regierung, wie in anderen Fällen auch, vorgehen.

Die Veröffentlichung der geheimen Dokumente in diesem SPIEGEL liegt auch im Interesse der Bundesregierung. Sie hat sich in Washington um das Deutschlanddossier der NSA bemüht. Vergeblich. Auch deshalb haben Sicherheitsbehörden und Parlamentarier den SPIEGEL um Einsicht in die Snowden-Dokumente gebeten. Journalisten sind aber zuerst und zuletzt der Aufklärung verpflichtet, und die Öffentlichkeit erwartet zu Recht, dass sie davon in Kenntnis gesetzt wird, was die NSA treibt und treiben darf.

Der Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland kann es nur guttun, wenn sie von Pathos befreit wird. Manche Interessen der Verbündeten decken sich, andere nicht. Im Zweifelsfall aber sollte die deutsche Regierung auf der Seite der Überwachten stehen, nicht auf jener der Überwacher.



Spionage-Karikatur*: Mithören, mitlesen

* Graffiti in der Nähe des britischen Abhördienstes GCHQ in Cheltenham.

NSA-Dependancen in der Bundesrepublik



Sitz des NSA-Verbindungsbüros zum BND in Bad Aibling



„Patch Barracks“ in Stuttgart

Snowdens Deutschland-Akte

Überwachung Die Auswertung geheimer Dokumente aus dem Bestand Edward Snowdens zeigt: Nirgendwo in Europa ist die NSA so aktiv wie hierzulande. Von Deutschland aus abgefangene Daten halfen den Amerikanern offenbar, Terrorverdächtige zu töten.



„Dagger Complex“ in Griesheim



US-Generalkonsulat in Frankfurt am Main



SCS-Dachaufbau auf der US-Botschaft in Berlin



Clay-Kaserne in Wiesbaden

Es war kurz vor Weihnachten 2005, als die Arbeit der amerikanischen Spione in Wiesbaden empfindlich gestört wurde. Beim Verlegen einer Glasfaserleitung stießen Bauarbeiter in der Nähe des Rheins auf verdächtige Metallgegenstände im Erdreich, womöglich Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg. Im Stadtteil Mainz-Kastel hatte Hitlers Armee dereinst marode Panzer wieder flottgemacht.

Die Hausherrn aus den USA, die an der Ludwig-Wolker-Straße offiziell eine „Storage Station“ unterhielten, entwickelten Pläne für den Notfall. Einige Wochen später war es so weit: Am 24. Januar 2006 mussten die Datenspezialisten der National Security Agency (NSA) ihre Büros räumen. Einen ganzen Tag lang waren sie von wichtigen Datenströmen in Europa abgeschnitten, einen schmerzhaft langen Zeitraum. Am Abend folgte die Entwarnung: Der vermeintliche Blindgänger war nur ein Haufen Schrott.

Die Bürger in Mainz-Kastel bekamen von alldem nichts mit. Zwar kennt am rechten Rheinufer jedes Kind das gut 20 Hektar große Gelände der US-Armee. Eine beigefarbene Mauer mit Stacheldraht schirmt die Amerikaner jedoch von der Außenwelt ab, ein Schild warnt: „Vorsicht, Schusswaffengebrauch!“

Die Gäste in Uniform gehören seit Jahrzehnten zum Stadtbild, die örtlichen Geschäftsleute haben sich auf die zahlungskräftige Kundschaft aus Übersee eingerichtet. Gebrauchtwagenhändler weisen ihre Preise in US-Dollar aus, im Brauhaus sind viele Amerikaner Stammgäste. „Es ist ein friedliches Miteinander“, sagt Christa Gabriel, die Ortsvorsteherin von Mainz-Kastel.

Dass in Gebäude 4009 der „Storage Station“ eine der wichtigsten NSA-Datensammelstationen in Europa versteckt ist, wussten Gabriel und die meisten Wiesbadener bislang freilich nicht: das European Technical Center (ETC), so die offizielle Bezeichnung. Die Station wurde in den vergangenen Jahren stetig ausgebaut, wie Dokumente aus dem Archiv des Whistleblowers Edward Snowden zeigen. Das Modernisierungsprogramm der Datenspione lief unter dem eigentümlichen Titel „GODLIKELESION“ („gottgleiche Wunde“) und war aus Sicht der Amerikaner dringend nötig: Anfang 2010 zum Beispiel war in der NSA-Dependance binnen weniger Monate 150-mal die Stromversorgung gestört – für einen Dienst, der die globale Überwachung aller Datenströme anstrebt, ein schweres Handicap.

Am 19. September 2011 feierten die Amerikaner die Wiedereröffnung des runderneuerten ETC. Seither ist das Gebäude der „primäre Kommunikations-Knotenpunkt“ der NSA auf dem alten

Kontinent. Hier, heißt es in einem Snowden-Dokument, werden in großem Stil Daten abgefangen und weitergeleitet, an „NSAler, Kriegführende und ausländische Partner in Europa, Afrika und dem Nahen Osten“. Ein verlässlicher Datentransport sei für „die vorhersehbare Zukunft“ gesichert.

Zumal den Spionen schon bald eine noch leistungsfähigere Einrichtung zur Verfügung stehen wird: Nur fünf Kilometer entfernt, in der Clay-Kaserne in Wiesbaden-Erbenheim, wird derzeit das „Consolidated Intelligence Center“ gebaut, in das wohl die Abhörspezialisten aus Mainz-Kastel einziehen werden. 124 Millionen Dollar lassen sich die Amerikaner ihre neue Zentrale in Südhessen kosten. Sobald sie fertig ist, wird sie den Datenhunger der Regierung der Vereinigten Staaten noch besser stillen können.

Ein Jahr nachdem Edward Snowden offengelegt hat, wie umfassend die NSA weltweit spionierte, ist über die Aktivitäten des Geheimdienstes in Deutschland noch immer relativ wenig bekannt. Es ist sicher, dass die Amerikaner ein Mobiltelefon der Bundeskanzlerin überwacht haben; es ist evident, dass es Lauschposten in der US-Botschaft in Berlin und im Generalkonsulat in Frankfurt am Main gibt.

Die Bundesregierung hat mehrmals Listen mit Fragen an die US-Regierung übermittelt. In Berlin hat ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss seine Arbeit aufgenommen. Und in Karlsruhe hat der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannte NSA-Mitarbeiter eingeleitet – allerdings nur wegen der Überwachung des Kanzlerin-Handys. Doch Regierung, Parlamentarier und Bundesanwälte eint eines: Antworten aus den USA dürfen sie nicht erwarten.

Wie viel die Bundesregierung inzwischen über die Spionage der Amerikaner in Deutschland wisse, fragte der Linke Jan Korte jüngst. Die Antwort: nichts. Das Versprechen der NSA, ein „Deutschlandpaket“ mit allen relevanten Dokumenten zu schicken, die Snowden weitergab, um damit zwischen den beiden Regierungen Transparenz zu schaffen, haben die Amerikaner stillschweigend einkassiert.

Deshalb hat sich der SPIEGEL darum bemüht, die Snowden-Unterlagen noch einmal auf alle Deutschland betreffenden Aspekte durchzugehen.

Das so entstandene Deutschlanddossier enthält Originaldokumente, die SPIEGEL ONLINE diese Woche zum Download bereithält. Über manche Papiere hat der SPIEGEL bereits im vergangenen Jahr berichtet, andere sind bislang unbekannt. An verschiedenen Stellen sind Dokumente um einige sensible Informationen bereinigt, wie etwa um die Namen gewöhnlicher NSA- oder BND-Mitarbeiter. Gleichzeitig stüt-

FOTOS: MICHAEL DALDER / REUTERS (O.L.); BORIS ROESSLER / PICTURE ALLIANCE / DPA (O.R.); THOMAS KLINK (M.L.); HC PLAMBECK / LAIF (M.R.); MICHAEL SCHICK / IMAGO (U.R.)



US-Präsident Obama, Überwachungsziel Merkel: „Heimvorteil auf dem Territorium des Gegners“

zen sich die Artikel zum Thema NSA in dieser Ausgabe des SPIEGEL auch auf etliche Dokumente und Informationen aus anderen Quellen.

Öffentlichkeit und Gesellschaft haben ein Recht zu erfahren, was die NSA in Deutschland tut. Jeder Interessierte soll sich ein Bild davon machen können, wie umfänglich der amerikanische Nachrichtendienst in Deutschland aktiv ist und wie die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden – etwa beim Anzapfen von Glasfaserkabeln – aussieht (siehe Seite 26).

Das Deutschlanddossier liefert Material für die Diskussion über die Notwendigkeit und die Grenzen geheimdienstlicher Arbeit sowie über den Schutz der Privatsphäre im Zeitalter digitaler Kommunikation. Und es ergänzt die Debatte über die transatlantischen Beziehungen, die seit der NSA-Affäre gestört sind wie lange nicht mehr.

Die Dokumente zeichnen das Bild einer omnipotenten amerikanischen Behörde, die in den vergangenen 13 Jahren ein immer engeres Verhältnis zu den Deutschen entwickelt und zugleich ihre Präsenz massiv ausgebaut hat. Wie in keinem anderen Land in Europa gibt es in der Bundesrepublik eine geheime Überwachungsstruktur der NSA, die nicht nur mit dem Wunsch nach Sicherheit, sondern auch mit dem Streben nach totaler Kontrolle zu tun hat. Mindestens ein Dutzend aktive Sammel-

stellen wies die NSA im Jahr 2007 Jahr in Deutschland aus.

Die Unterlagen legen nahe, dass die NSA an deutschen Standorten Daten nach auffälligen Lebensgewohnheiten durchsucht, nach „patterns of life“, wie es in einem Snowden-Dokument heißt. Und sie deuten darauf hin, dass die in Deutschland gewonnenen Erkenntnisse auch für die „Festnahme oder Tötung“ von angeblichen Terroristen genutzt werden, so steht es in einem der Geheimberichte.

Spionage ist auf deutschem Boden unter anderem nach Paragraph 99 des Strafgesetzbuchs verboten. Aber von alledem, was die NSA hier tut, wissen die hiesigen Behörden nicht viel, sie wollten wohl auch allzu lange nichts wissen. Erst als Snowden auftauchte, begann die Bundesregierung nachzuforschen. Am 11. Juni, am 26. August und am 24. Oktober vergangenen Jahres übermittelte sie etliche Fragen an die US-Regierung. Bei einem Besuch Anfang November im NSA-Hauptquartier in Fort Meade im US-Bundesstaat Maryland trugen die deutschen Geheimdienstchefs Gerhard Schindler (Bundesnachrichtendienst) und Hans-Georg Maaßen (Verfassungsschutz) die wichtigsten Fragen vor, sicherheitshalber übergaben sie den Amerikanern eine Liste. Antworten: keine. So sind es Snowdens Dokumente, die am besten beschreiben, wie die NSA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 die Bun-

desrepublik zu ihrem wichtigsten Stützpunkt in Europa machte.

Die Europazentrale der NSA

Am 10. März 2004 besiegelten zwei US-Generäle die Gründung eines Operationszentrums, das heute als wichtigste Abhörstation der NSA in Europa fungiert: Richard Quirk III. für die NSA und John Kimmons vom Nachrichtendienst der US-Armee setzten ihre Unterschrift unter das Konzept für das „Europäische Sicherheitszentrum“ (ESC), das auf dem Gelände der US-Armee in Griesheim bei Darmstadt angesiedelt wurde.

Anfang 2003 hatte die NSA ein erstes Team nach Süddeutschland entsandt. Das halbe Dutzend Analysten, stationiert bei der NSA-Europaführung in Stuttgart-Vaihingen, sollte sich vor allem um Nordafrika kümmern. Zu den Zielen gehörte es laut den internen Unterlagen, afrikanische Regierungen bei der Grenzsicherung zu unterstützen – und dafür zu sorgen, dass sie Terrororganisationen und deren Helfern keinen Rückzugsraum boten.

Die Arbeit trug bald Früchte: Die Bewegungsmuster von Verdächtigen in Mali, Mauritien und Algerien ließen sich mittels Überwachung von Satellitentelefonen immer besser verfolgen. Die Informationen wurden an das Europakommando der US-Streitkräfte geleitet, in Teilen auch an die jeweiligen Regierungen in Afrika. Die nach-

FOTOS: ROBERT MICHAEL / IMAGO (L.); MARC-STEFFEN UNGER (R.)

richtendienstlichen Erkenntnisse „waren für die Festnahme oder Tötung von mehr als 40 Terroristen verantwortlich“, heißt es in einem Bericht der NSA vom Januar 2005. Sie hätten zum Erfolg des weltweiten „Kriegs gegen den Terror“ und der US-Politik in der Region beigetragen.

Dient Deutschland also als Brückenkopf für Amerikas tödliche Operationen gegen mutmaßliche Terroristen? Nutzen die CIA und das amerikanische Militär Daten, die die NSA in Deutschland gesammelt hat, für die Einsätze ihrer Kampfdrohnen? Eine Anfrage des SPIEGEL ließ die NSA dazu unbeantwortet.

Die Operationen der NSA-Analysten in Stuttgart waren derart erfolgreich, dass der Geheimdienst seine Präsenz bald ausbaute. Auf rund tausend Quadratmeter Bürofläche schufen die Amerikaner 2004 in Griesheim 59 Arbeitsplätze zur Kommunikationsüberwachung, mit denen „Krisen- und Kampfeinsätze“ der US-Streitkräfte unterstützt werden sollten. Heute, zehn Jahre später, ist aus dem anfangs überwiegend militärisch geprägten Zentrum die größte und wichtigste Außenstelle der NSA in Europa geworden. Ihr Auftrag geht weit über die Unterstützung des US-Militärs hinaus.

2011 arbeiteten bei Darmstadt 240 Geheimdienst-Analysten, ein „Mix aus Militärangehörigen, zivilen Mitarbeitern der Armee, NSA-Zivilisten und Vertragsmitarbeitern“, wie es in internen Unterlagen heißt. Sie sind sowohl für das Abfangen von internationaler Kommunikation als auch für deren Auswertung verantwortlich, für die gesamte Kette von Arbeitsschritten, berichtet ein NSA-Mann stolz: „Sammeln, verarbeiten, analysieren und weiterleiten.“

Seit der Umbenennung in Europäisches Zentrum für Kryptologie (ECC) im Mai 2011 ist in den Komplex auch das „Threat Operations Center“ der NSA integriert, das Bedrohungen frühzeitig identifizieren soll. Insgesamt 26 Aufklärungsmissionen werden aus dem Griesheimer Komplex gesteuert, der inzwischen die „größte Beschaffungs- und Analyse-Einrichtung in Europa“ sei. Den internen Unterlagen zufolge ist das ECC der operative, nachrichtendienstliche Arm der NSA-Europaführung in Stuttgart-Vaihingen.

Ziele in Afrika, Ziele in Europa

Vieles, was in Griesheim geschieht, ist klassische Aufklärung und Gefahrenabwehr. Eine Präsentation von 2012 legt jedoch nahe, dass vom ECC aus auch europäische Datenströme überwacht werden. In ei-

ner internen Darstellung ist neben „Zielen in Afrika“ von „Zielen in Europa“ die Rede. Der Grund: Die meisten Terroristen machten „einen Stopp in Europa“. Für die Aufklärung stütze sich das ECC auf eigene nachrichtendienstliche Ermittlungen sowie Datenüberwachung des britischen Nachrichtendienstes GCHQ.

Gemeint ist damit wahrscheinlich das „Tempora“-Programm, mit dem im britischen Ort Bude der gesamte Internetverkehr aus mehreren großen Glasfaserkabeln abgesaugt wird. Das GCHQ speichert in Kooperation mit der NSA die Daten, die durch die großen europäischen Netzverbindungen geleitet werden, für mindestens drei Tage. Zumindest auf einen Teil der GCHQ-Daten hat laut eigenen Angaben das ECC Zugriff.

Für die Analyse der Kommunikationsströme nutzen die NSA-Leute in Griesheim modernstes Equipment, unter anderem das Programm „XKeyscore“, das eine tiefenscharfe Analyse des Internetverkehrs erlaubt. Die Software hat daher Begehrlichkeiten beim Bundesnachrichtendienst und dem Bundesamt für Verfassungsschutz geweckt.

Ein NSA-interner Bericht legt nahe, dass in Griesheim mittels „XKeyscore“ inzwischen nicht nur Angaben über das Wo, Wann und Wer-mit-Wem ausgewertet werden – die sogenannten Metadaten –, sondern auch Kommunikationsinhalte. Der „rohe Dateninhalt“ werde zwischen „drei Tagen und einigen Wochen“ gespeichert, heißt es in der Übersicht des ECC. Die Metadaten würden mehr als 90 Tage aufgehoben. Laut dem Dokument ermöglicht XKeyscore auch „komplexe Analysen von Lebensgewohnheiten“.

In einer Stellungnahme räumt die NSA ein, dass XKeyscore ein Teil des nachrichtendienstlichen Systems sei, mit dem ausländische Informationen gesammelt würden; dies geschehe allerdings im Einklang mit dem Gesetz und ermögliche der NSA, amerikanische und alliierte Truppen „zu schützen“. Es gebe einen „ausführlichen und engen Austausch“ mit der deutschen Regierung. In der Stellungnahme an den SPIEGEL verweist die NSA auf Barack Obamas Richtlinie vom Januar, in der er die Bürgerrechte aller Menschen anerkannt hatte, unabhängig von ihrer Nationalität. Privatsphäre und Bürgerrechte sollten „integrale Bestandteile der Planung von Telekommunikationsüberwachung sein“.

Dahinter steht auch ein unterschiedliches Verständnis von Überwachung: Im Ausland definiert die NSA es noch nicht als Überwachung, wenn etwa E-Mails durchsucht und zeitweilig gespeichert werden. Erst wenn diese Daten dauerhaft in den Bestand des Geheimdienstes überführt werden, gilt dies als tiefer Eingriff in die Privatsphäre. Insofern ist es aus US-Sicht kein Widerspruch, wenn Obama versichert, die Bevölkerung werde nicht ausgespäht – und die NSA dennoch den Mail-Verkehr überwacht. Detaillierte Fragen zu ihren Außenstellen in Deutschland ließ die NSA unbeantwortet.

Die rege Aktivität im Innern des Horchpostens bei Griesheim steht in auffälligem Kontrast zur äußeren Erscheinung des Areals. Nur ein paar Gebäude sind oberirdisch zu erkennen, gesichert durch zwei Zäune, dazu eine Sperre aus Stahlträgern und Stahlseilen.

Der Aktivist Daniel Bangert würde zu gern einen Blick dahinter werfen, aber so oft er im vergangenen Jahr auch am Zaun rüttelte – niemand ließ ihn ein. Stattdessen kam immer wieder die Polizei.

Ursprünglich sollte es nur eine subversive Satireaktion sein, als Bangert vergangenen Sommer erstmals zu einem „Spaziergang“ nach Griesheim lud, um „gemeinsam den

(U) Analytics for Targets in Europe

- (C//FVEY) OPSEC Savvy Targets
 - "...most terrorists stop thru Europe"
- (TS//FVEY) Use advanced techniques
 - Steganography
 - Forensics or Analytics on front end
 - Encryption
 - Takes time and has "black hole" issue
- (TS//SI//FVEY) Reliance on "special" collection
 - GCHQ and FAA
 - Problems processing w/r to TS

TOP SECRET//SI//REL USA, FVEYS

(U) Xkeyscore Fingerprints

- (C//FVEY) Streaming
 - Data available one hour later?
 - Most do pulls up to yesterday
- (U) Good Data Storage
 - RAW content: 3 days to a couple of weeks
 - Metadata: 90+ days
- (U) Complex Analytics like "Pattern of Life"
 - Reasonable amount of processing cycles at the front end collection system
- (U) Session can be quite long and still captured
- (U) UUID's are workable
- (U) Good for sharing with second and third party
- (U) Relatively low level of entry training required

(U) XKS fingerprints great for streaming

CONFIDENTIAL//REL USA, FVEYS

Präsentation der NSA-Station in Griesheim zu Überwachungsmaßnahmen in Europa. Begründet wird die systematische Ausforschung mit der möglichen Durchreise mutmaßlicher Terroristen. Unten: Systematische Profilbildung durch Zusammenführung aller verfügbaren Daten von Personen.

bedrohten Lebensraum der NSA-Spione zu erforschen“. Mit jeder neuen Enthüllung aus dem Snowden-Bestand jedoch begannen der 29-Jährige, die Sache ernster zu nehmen. Inzwischen provoziert der gelernte Heizungsbauer, der sich gern mal ein T-Shirt mit der Aufschrift „Team Edward“ überstreift, mit einer Schar Mitstreiter regelmäßig die Bediensteten im Dagger-Komplex. Über die Monate haben sie eine Art Gegenspionage entwickelt und notieren sich die Autokennzeichen mutmaßlicher Spione aus Mainz-Kastel und Stuttgart.

Der Anti-Überwachungs-Aktivist hat sogar versucht, einige der Amerikaner in ein Gespräch zu verwickeln. Beim Griesheimer Zwiebelmarkt, einem beliebten Volksfest, hat er einen zu einem Bier überredet, doch der beantwortete seine Fragen nur mit Gegenfragen. Ein anderer, sagt Bangert, habe ihm zugeraunt: „What is your problem? We are watching you!“

Gut möglich, dass Bangert längst die Aufmerksamkeit eines weiteren NSA-Ablegers auf sich gezogen hat, der nicht fern von Griesheim residiert, im Frankfurter Generalkonsulat: der „Special Collection Service“ (SCS). Es ist jene Lauscheinheit, für die sich seit zwei Wochen offiziell die Bundesanwaltschaft interessiert, wegen der Überwachung des Handys von Angela Merkel. Die Spur führt vom Berliner Kanzleramt über die US-Botschaft am Pariser Platz bis nach Laurel: im Bundesstaat Maryland, nördlich von Washington, D. C.

Dort hat der SCS seinen Sitz. Er ist ein Gemeinschaftsunternehmen von NSA und CIA, seine Mitarbeiter sind über den ganzen Globus verstreut. Sie sind Auge und Ohr der Vereinigten Staaten von Amerika

und sorgen für einen „Heimvorteil auf dem Territorium des Gegners“, wie es in einem internen Dokument heißt.

Der SCS sei wie „ein Haushalt mit zwei Eltern“, sagt Ron Moultrie, früher Vizechef der Behörde: „Wir müssen immer an beide Elternteile denken.“ Alle zwei Jahre wechselt die Führung zwischen NSA und CIA. SCS sei „ein echter Hybrid“, so Moultrie. In vier Abteilungen ist das Zwitterwesen gegliedert, darunter das „Büro für Auftragsunterstützung“ und das „Büro für Feldoperationen“, das wiederum aus einer Abteilung für Spezialoperationen und einem Zentrum für die Entwicklung von Funkaufklärung besteht. In Laurel hat die NSA laut internen Unterlagen eine Übungs-Außenstelle nachgebaut, die zu Trainingszwecken dient, gleichzeitig aber auch Relaisstation ist für in Übersee aufgefangene Kommunikation.

Die Mitarbeiter sind in Botschaften und Konsulaten in Krisenregionen stationiert, aber auch in Staaten wie Österreich, die als neutral gelten. In den Vertretungen genießen die Spione besonderen völkerrechtlichen Schutz, weil sie als Diplomaten akkreditiert sind. Dort tun sie, was sie nicht dürfen, aber woran sie nur selten jemand hindert: nahezu nach Belieben spionieren. Über viele Jahre traten die SCS-Leute getarnt als Mitarbeiter einer ominösen „Defense Communications Support Group“ auf, manchmal auch als „Defense Information Systems Agency“.

Informationen über SCS-Standorte sind laut einer Anweisung von 2011 mindestens 75 Jahre lang geheim zu halten. Die Begründung: Würden die Aktivitäten bekannt, würden sie die „Wirksamkeit aktueller nachrichtendienstlicher Methoden“ beeinträchtigen und den Beziehungen der

USA mit fremden Regierungen „schweren Schaden“ zufügen.

1979 gab es etwas mehr als 40 SCS-Dependancen. In der Hochphase des Kalten Krieges lag die Zahl auf einem Rekordniveau von 88, nach dem Fall der Mauer schmolz sie deutlich ab. Doch nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden wieder zusätzliche Filialen eröffnet, sodass es heute weltweit um die 80 SCS-Lauschstationen gibt: von „A“ wie Athen bis „Z“ wie Zagreb. In der Bundesrepublik unterhält der SCS den Unterlagen zufolge zwei Niederlassungen: im US-Generalkonsulat in Frankfurt und in der US-Botschaft in Berlin, nur wenige Hundert Meter entfernt vom Kanzleramt.

Aus dem Datenbankeintrag zum Handy von Angela Merkel, über den der SPIEGEL im Oktober 2013 erstmals berichtete, geht hervor, dass der SCS mit der Überwachung betraut war. Die für die Abwehr und Verfolgung von Spionage zuständigen Behörden – der Verfassungsschutz und die Bundesanwaltschaft – interessieren sich vor allem für die Technik, die die SCS-Leute einsetzen.

Laut einem Grundsatzvortrag zur Arbeit des SCS gehört zur Ausrüstung in US-Botschaften ein Antennenrotor namens „Einstein“, eine Datenbank zur Analyse von Mikrowellen („Interquake“) sowie ein Programm namens „Sciatica“, mit dem die Agenten Signale im Gigahertzbereich erfassen können. Ein Programm namens „Birdwatcher“, das verschlüsselte Signale erfasst und zur Analyse bereitstellt, lässt sich aus der SCS-Zentrale in Maryland fernsteuern. Mit ihr kann die NSA geschützte „Virtuelle Privatnetzwerke“ identifizieren, die als Ziele interessant sind. Solche VPN werden von vielen Firmen und Botschaften für die hausinterne Kommunikation genutzt.

Nach der Enthüllung der Merkel-Operation wandte sich der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfU), Hans-Georg Maaßen, an US-Botschafter John Emerson, um mehr über die Technik und das Personal, das sie bedient, zu erfahren. Maaßen wollte auch wissen, welche Vertragsfirmen die NSA in Deutschland beschäftigt. Als Emerson bei einem Besuch im Kanzleramt fallen ließ, er gehe davon aus, dass sich die Antwort erledigt habe, widersprach der BfU-Chef schriftlich: Seine Anfrage sei nach wie vor aktuell.

Maaßen erhielt eine aus seiner Sicht „zufriedenstellende“ Antwort von Emerson bezüglich des Personals. Das liegt vermutlich daran, dass die US-Regierung viele Geheimdienstler hierzulande offiziell akkreditiert hat. Insgesamt mehr als 200 Mitarbeiter sind nach SPIEGEL-Recherchen in Deutschland angemeldet. Hinzu kommen Angestellte privater Firmen, die im Auf-



Verfassungsschützer Maaßen: Datenbank zur Analyse von Mikrowellen

FOTO: MARKO PRIŠKE / LAIF

Amerikas Brückenkopf

NSA-Einrichtungen in Deutschland



WIESBADEN

In der Storage Station im Stadtteil **Mainz-Kastel** befindet sich das European Technical Center.

In der Clay-Kaserne im Stadtteil **Erbenheim** wird das neue Consolidated Intelligence Center gebaut.



GRIESHEIM BEI DARMSTADT

Im Dagger Complex ist das European Cryptologic Center der NSA angesiedelt.

BERLIN

Der Special Collection Service, eine Geheimtruppe aus NSA und CIA, hat eine Station in der US-Botschaft.



FRANKFURT AM MAIN

Im US-Konsulat hat der Special Collection Service eine weitere Niederlassung.



BAD AIBLING

Die NSA hat in der Mangfall-Kaserne ein Verbindungsbüro, das eng mit dem BND kooperiert.



TUTTART-VAIHINGEN

Der Hauptsitz der NSA in Deutschland ist in den Patch Barracks beheimatet.



DER SPIEGEL

trag der NSA schnüffeln, aber nicht akkreditiert sind.

Liest man die Fragenliste, die die Bundesregierung an die US-Botschaft richtete, dann brauchen die Deutschen dennoch dringend Nachhilfe: „Gibt es Special Collection Services in Deutschland?“, heißt es da. „Dienen sie der Überwachung in Deutschland?“ Und: „Richtet sich diese Aufklärung gegen die Interessen Deutschlands?“

Maaßen wird spätestens vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantworten müssen, was er über die US-Spione mittlerweile weiß – und wie er seinem gesetzlichen Auftrag, Spionage zu verhindern, nachzukommen gedenkt. Der Verfassungsschutz behauptet, es sei unklar, ob die Bundeskanzlerin aus der Botschaft in Berlin oder der Zentrale in Maryland überwacht wurde, und deshalb sei fraglich, ob dies überhaupt ein Fall für die deutsche Spionageabwehr sei. Seltsam: Der deutsche Inlandsgeheimdienst ist selbstverständlich für jeden Spionageangriff gegen die Bundesrepublik zuständig, unabhängig vom Dienstsitz der Angreifer. Cyber-Attacks aus China betrachtet der Verfassungsschutz auch dann als Spionage, wenn die Urheber in Shanghai sitzen.

Den Auftrag, die Kanzlerin zu überwachen, hatte der Bereich S2C32 erteilt, das zuständige NSA-Referat für Europa. Mer-

kel war 2009 in einer Liste von 122 Staats- und Regierungschefs erfasst, welche der US-Geheimdienst ausspähte. In einem Verzeichnis namens „Nymrod“ führt die NSA dazu alle Treffer zu einer bestimmten Person auf, mit ihren unterschiedlichen Schreibweisen.

Die NSA hat Nymrod im Januar 2008 eingeführt, die Einträge verweisen auf „nachrichtendienstliche Berichte aus Datenbanken von NSA, CIA und dem Verteidigungsministerium“. Im Fall Merkel handelt es sich 2009 um mehr als 300 Berichte, in denen die Kanzlerin vorkommt. Der Inhalt dieser Meldungen ist der Datenbank nicht zu entnehmen. Aber laut einer Nymrod-Beschreibung aus dem Juni 2008 geht es in dem Verzeichnis um „Sigint-Targets“, also um nachrichtendienstliche Aufklärungsziele.

Sammelstellen in Deutschland

Ist es denkbar, dass die Bundesregierung von all diesen Aktivitäten der NSA auf deutschem Boden nichts gewusst hat? Dass ihr „durch die NSA genutzte Überwachungsstationen in Deutschland nicht bekannt“ sind, wie sie im August 2013 auf eine Anfrage der damals auf den Oppositionsbänken sitzenden SPD behauptete?

Kaum vorstellbar. Denn die NSA ist nicht nur seit Jahrzehnten in Deutschland tätig; sie ist es in enger Abstimmung mit

dem Bundesnachrichtendienst, dessen Fachaufsicht im Bundeskanzleramt liegt. So heißt es etwa in einem streng geheimen NSA-Papier vom Januar 2013: „Die NSA etablierte 1962 eine Beziehung mit ihrem Sigint-Partner BND, die umfassenden analytischen, operativen und technischen Austausch einschließt.“

Als die Kooperation mit dem westdeutschen Juniorpartner anließ, war die NSA gerade mal zehn Jahre alt, neben der Europazentrale in Stuttgart-Vaihingen gab es Außenstellen in Augsburg-Gablingen und Westberlin.

Die Geheimdienste der Amerikaner hatten, wie die drei anderen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, sofort mit dem Auskundschaften der Deutschen in ihren Besatzungszonen begonnen. Das belegt ein interner Leitfaden zur Einstufung von Berichten, in dem es um den Zeitraum von 1945 bis 1967 geht.

Die Briten und Franzosen reduzierten 1955 die Überwachung und konzentrierten sich auf das Abhören Richtung Osten. Nicht so die Amerikaner: Sie bestanden darauf, weiterhin Fernmeldeleitungen innerhalb der Bundesrepublik und von hier aus Richtung Westeuropa anzuzapfen. Mitte der Fünfzigerjahre dürften US-Spione bereits mehr als fünf Millionen deutsche Telefongespräche pro Jahr überwacht haben.

Der östlichste Horchposten der NSA im Europa des Kalten Krieges war die „Field Station Berlin“ auf dem Westberliner Teufelsberg. Die Lauscher auf dem 115 Meter hohen Trümmerberg leisteten offenbar hervorragende Arbeit. Viermal gewannen sie die begehrte Travis Trophy, die alljährliche NSA-Auszeichnung für den weltweit besten Horchposten.

Ein „andauerndes Beherrschungsverhältnis“ nennt der Historiker Josef Foschepoth die deutsch-amerikanische Freundschaft. Er spricht von einem „über 60 Jahre entstandenen Gewohnheitsrecht“ der Amerikaner auf unkontrollierte Überwachung in Deutschland. Wie umfassend diese war und offenbar immer noch ist, geht aus sogenannten Sigad-Listen des Snowden-Bestands hervor. Sigad steht für „Signal Intelligence Activity Designator“, bezeichnet also eine Einrichtung, die Telekommunikation abfängt. Jede US-Überwachungsanlage trägt einen aus Buchstaben und Ziffern zusammengesetzten Codenamen.

Aus Unterlagen geht hervor, dass die Amerikaner in den Jahrzehnten vor dem

(S//SI) This small investment of five-to-six analysts has provided a significant return: Forward Production and headquarters analysts* were able to report the predicted movement of ██████████ EUCOM Senior Staff and U.S. Ambassadors in the region used this information to engage and enable regional governments to conduct successful counterterrorism operations. Intelligence generated by this Forward Production-NSAW partnership has been responsible for the **capture or kill of over 40 terrorists** and has helped achieve GWOT and regional policy successes in Africa.

Ergreifen oder töten Die NSA verwendet Erkenntnisse aus der Überwachung von Telekommunikation bei der Durchsetzung von US-Interessen in Afrika sowie für Angriffe auf mutmaßliche Terroristen. Der Einsatz von nur fünf bis sechs Analysten habe „signifikante Ergebnisse“ erbracht.

Mauerfall in Westdeutschland immer wieder neue Sigads einrichteten und alte schlossen – insgesamt rund 150. Seither hat sich die Technik mehrfach revolutioniert. Die modernen Glasfaserkabel haben die Satelliten weitgehend verdrängt; Daten sind digital. Dadurch ist das Abfangen großer Datenmengen einfacher geworden.

In den Snowden-Dokumenten befindet sich eine Liste aus dem Jahr 2007. Sie reicht bis ins Jahr 1917 zurück und enthält viele ehemalige und noch aktive US-Militärstandorte sowie weitere US-Einrichtungen als Datensammelstellen. Zahlreiche Kennungen sind demnach mittlerweile au-

ßer Betrieb, für mindestens ein Dutzend indes ist kein Deaktivierungsdatum verzeichnet. Dem Dokument zufolge ist das Schließdatum entweder nicht bekannt, oder die betroffenen Sigads sind noch aktiv. Diese Kennungen sind unter anderem Standorten in Frankfurt, Berlin, Bad Aibling und Stuttgart zugeordnet – alles Orte mit aktiver NSA-Präsenz.

Da die Amerikaner in der Regel selbst abhörten, wen auch immer sie interessant fanden, hatte der BND ihnen lange Zeit wenig zu bieten. Die Kooperation gestaltete sich einseitig, den Deutschen blieb die Rolle des Bittstellers. Erst um die Jahrhun-



„Geheimdienste wollen alles wissen“

Interview Der ehemalige DDR-Offizier Klaus Eichner, 75, über die Arbeit der NSA im Kalten Krieg und ihre Beziehung zum BND

SPIEGEL: Herr Eichner, Sie waren bei der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) der Staatssicherheit der DDR mit der Gegenspionage beschäftigt. Wie gut war die NSA – professionell betrachtet – in den Achtzigerjahren?

Eichner: Für alle westlichen Dienste, die auf dem Gebiet der Fernmeldeaufklärung tätig waren, war die NSA das Leitorgan und der Spitzengeheimdienst. Sowohl von der materiellen wie auch von der personellen Ausstattung.

SPIEGEL: Wie ausgeprägt war die Datensammelwut der NSA seinerzeit?

Eichner: Sie wollte auch schon damals alles wissen, aber sie hatte noch nicht alle technischen Voraussetzungen, um alles zu erfassen und zu verarbeiten.

SPIEGEL: In Ihrem gerade erschienenen Buch über die NSA beschreiben Sie, wie die Stasi an NSA-Interna kam*.

Eichner: Ja. Eine unserer Quellen war seit 1972 in der technischen Abteilung des BND und berichtete uns erstmals von der Combined Group Germany in

München, in der der Informationsaustausch zwischen dem BND und den Amerikanern lief.

SPIEGEL: Wie gestaltete sich die amerikanisch-westdeutsche Zusammenarbeit?

Eichner: Etwas einseitig. Wir wussten, dass die Amerikaner Anfragen über die DDR ganz kühl abblockten. Die BND-Leitung wurde mehrfach bei den Verbindungsoffizieren der US-Geheimdienste vorstellig, weil sie Zugriff auf die Informationen haben wollte, welche die NSA auf dem Westberliner Teufelsberg sammelte. Sie wollte die Originalaufnahmen, bekam aber von den Amerikanern nur aufbereitete, selektierte Informationen.

SPIEGEL: Wie reagierte der BND auf die Ablehnung?

Eichner: Der Bundesnachrichtendienst wandte sich an die Franzosen und baute mit ihnen auf dem Flughafen Berlin-Tegel eine gemeinsame Station auf, die parallel zu den Amerikanern dieselben Kommunikationslinien der DDR erfasste.

SPIEGEL: Haben Sie mitbekommen, dass die NSA Menschen oder Institutionen in Westdeutschland ins Visier nahm?

Eichner: Die Ohren der NSA waren grundsätzlich nicht nur in Richtung Ost aufgestellt. Die NSA arbeitete in Westberlin und der Bundesrepublik in alle Richtungen. Es wurden Dossiers über die Spitzenpolitiker und -wirtschaftsmänner der BRD geführt.

SPIEGEL: Was war für die Amerikaner wichtiger, der BND und die westdeutschen Dienste als Partner oder als Objekte der Ausspähung?

Eichner: Die Amerikaner hatten den Blick einer Großmacht auf einen Juniorpartner – der meist gehorsam ist, aber ab und zu von der Erziehungslinie abweicht. Ein Herz und eine Seele waren sie nie. Die Westdeutschen hatten immer einen starken Drang, an den von den USA gesammelten Informationen teilzuhaben. Bis heute sind die Amerikaner auf dem Territorium der Bundesrepublik derart massiv präsent, dass sie keine Hilfe zur Aufklärung in Richtung Osten brauchen. Sie machen es lieber selbst, als sich von den Deutschen abhängig zu machen.

SPIEGEL: Wie viele Quellen hatte die HVA der Stasi für NSA-Material?

Eichner: Zwei. Wir konnten 1984 James Hall werben, der zunächst auf dem

* Klaus Eichner: „Imperium ohne Rätsel. Was bereits die DDR-Aufklärung über die NSA wusste“. Edition Ost, Berlin; 128 Seiten; 9,99 Euro.

dertwende hat sich das Verhältnis verändert – auch weil der BND mit viel Aufwand seine Technik verbessert hat, wie ein NSA-Vermerk anerkennt. Wer Koch ist und wer Kellner, blieb jedoch klar.

Was die deutsche Regierung heute angeblich nicht weiß, war der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit schon lange klar. In einer Ausarbeitung eines Stasi-Offiziers heißt es über die NSA: „Dieser geheime Nachrichtendienst der USA speichert alle Funksignale, Gespräche etc. rund um den Erdball von Freund und Feind.“

Anfang 1990, die Berliner Mauer war gerade gefallen, lieferten HVA-Offiziere unter anderem rund 40 Ordner mit Kopien von NSA-Material im Zentralarchiv der Stasi ab und verstaute sie in einem Stahlschrank. Zwei optimal platzierte amerikanische Spione hatten die Dokumente beschafft, die HVA-Offiziere wollten den brisanten Stoff für die Historiker und andere Interessierte erhalten.

Nachdem US-Diplomaten vom Generalbundesanwalt über die Existenz des Materials informiert worden waren, begann Wa-

shington Druck auf die Bundesregierung auszuüben, und forderte die Überstellung der NSA-Akten. Im Juli 1992 schließlich übergaben Mitarbeiter der von Joachim Gauck geleiteten Behörde „zwei verschlossene Behälter mit US-Unterlagen“ an den Bundesgrenzschutz, der diese wiederum dem Innenministerium aushändigte. Die Amerikaner verwendeten sie schließlich im Prozess gegen einen Ex-NSA-Mann, der für die DDR spioniert hatte.

Doch der erste Beutezug reichte der NSA noch nicht. 2008, als in Berlin die erste Große Koalition unter Angela Merkel regierte, nahmen mehrere NSA-Mitarbeiter bei der Gauck-Behörde Einsicht in alle verbliebenen Unterlagen der für Funkaufklärung zuständigen MfS-Hauptabteilung III – sofern es um US-Einrichtungen ging.

Das Bundesinnenministerium sperrte den größten Teil der Akten – sie sind für Journalisten und Wissenschaftler nicht mehr einsehbar. Als Edward Snowden mit der Veröffentlichung von NSA-Materialien begann, waren nur noch zwei Ordner zur NSA zugänglich: harmloses Zeug. Das his-

torische Material wird den Bundesanwälten, die sich nun wieder mit der NSA beschäftigen, wenig helfen.

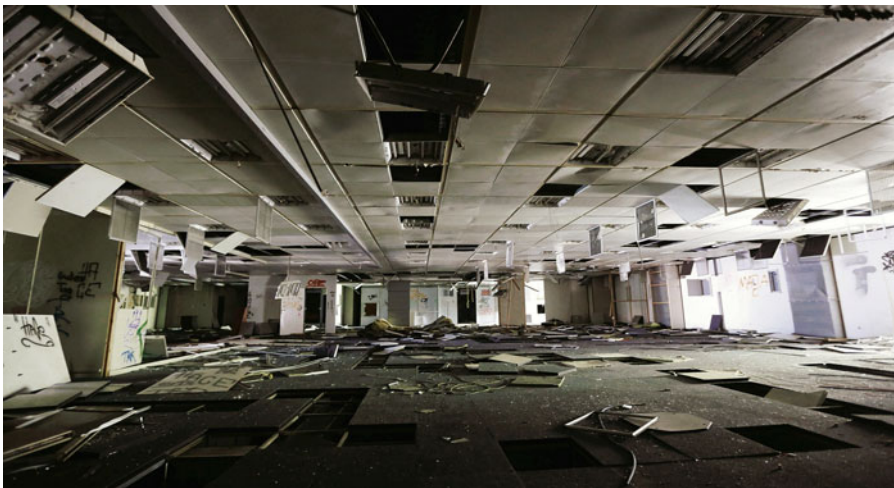
Einer, der zur Aufklärung wohl deutlich mehr beitragen könnte, wird an diesem Montag in München erwartet: General Keith Alexander, der vor Kurzem aus dem Dienst geschiedene langjährige NSA-Chef. Die Deutsche Telekom hat ihn als prominenten Gast für ihre Konferenz „24 Hours 2014“ in München verpflichtet. Er soll abends den Dinner-Speech halten. Ob sie die Gelegenheit nutzen, um Alexander als Zeugen zu befragen, wollten die Karlsruher Bundesanwälte auf Anfrage nicht mitteilen: „Strafrechtliche Ermittlungsverfahren werden nicht öffentlich geführt.“

Es ist zu befürchten, dass für die Chefermittler der Republik auch das Diktum von Foschepoth gilt. „Die Zufriedenheit der Amerikaner“, meint der Wissenschaftler, „ist für die Bundesregierung ein höheres Gut als unsere Verfassung.“

Sven Becker, Hubert Gude, Judith Horchert, Andy Müller-Maguhn, Laura Poitras,

Ole Reißmann, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler, Fidelius Schmid, Michael Sontheimer, Holger Stark

FOTOS: HC PLAMBECK (U. L.); PAWEL KOPCZYNSKI / REUTERS (U. R.)



Ehemalige NSA-Station auf dem Berliner Teufelsberg: „Ohren in alle Richtungen“

Westberliner Teufelsberg und dann in Frankfurt arbeitete. Er wurde von dem in Westberlin lebenden Türken Hüseyin Yildirim instruiert, der auch als unser Kurier fungierte. Und wir hatten die Quelle Jeffrey Carney, Deckname „Kid“, der in einem U.-S.-Air-Force-Objekt in Berlin-Marienfelde arbeitete.

SPIEGEL: Was beschafften die Quellen?

Eichner: Über diese Leute gelangten Papiere zu uns, von denen wir nur geträumt hatten. Dass ein Unteroffizier wie Hall alle zentralen Dokumente der NSA beschaffen konnte, war unglaublich: alle Direktiven, die NSRL, die National Sigt Requirements List, auf der

alle US-Ministerien und Geheimdienste ihre Überwachungswünsche zusammengetragen hatten; 4200 Blatt.

SPIEGEL: War die NSA damals intern so schlecht gesichert wie heute?

Eichner: Die Sicherheitsvorkehrungen besonders im 533rd MI-Battalion in Frankfurt waren sehr lasch.

SPIEGEL: Haben bundesdeutsche Politiker die US-Dienste jemals als Fall für die eigene Spionageabwehr gesehen?

Eichner: Nein, genau das ist das Problem. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte und hat bei der Spionageabwehr keine Referate, die in Richtung Westen arbeiten. Die zuständigen Politi-

ker und die Verfassungsschützer wussten, dass die US-Dienste auch gegen die Bundesrepublik arbeiten. Aber sie werteten es nicht als feindlichen Akt.

SPIEGEL: Haben die Enthüllungen von Snowden Sie überrascht?

Eichner: Das Herangehen der NSA hat mich nicht überrascht. Geheimdienste wollen alles wissen. Sehr wohl überrascht aber hat mich der enorme Umfang der NSA-Überwachung.

SPIEGEL: Wie beurteilen Sie die Enthüllungen von Snowden?

Eichner: Wir konnten kaum mit unseren Informationen Politik machen, um unsere Quellen nicht zu gefährden. Bei den Whistleblowern ist das Wunderbare, dass sie brisante Informationen an die Öffentlichkeit bringen und die verantwortlichen Politiker dazu zwingen, Stellung zu beziehen. Die Reaktionen der Politiker zeigen, dass ihnen Leute wie Chelsea Manning, Julian Assange oder Edward Snowden mit ihren Enthüllungen sehr wehtun.

SPIEGEL: Was würden Sie Edward Snowden raten?

Eichner: Dass er seinen russischen Partnern offenbart, wie man an die Systeme rankommt, wie man sie bewerten kann, auch perspektivisch.

SPIEGEL: Dann hätte er die Todesstrafe wohl sicher.

Eichner: Natürlich. Das hat er ohnehin.

Interview: Andy Müller-Maguhn, Michael Sontheimer



Eifer und Gier

Affären Die Kooperation der deutschen Geheimdienste mit der NSA hat bislang unbekannt Dimensionen erreicht. Der Bundesnachrichtendienst hat sich dabei offenbar in Grenzbereiche gewagt.

Drei Monate bevor Edward Snowden mit seinen Enthüllungen die Welt erschütterte, versammelten sich die Mitarbeiter der NSA-Abteilung „Special Source Operations“ im US-Bundesstaat Maryland zu ihrem wöchentlichen Treffen. Die intern als besonders effizient geltende Gruppe betreut unter anderem die heiklen Partnerschaften des Geheimdienstes mit großen Telekommunikationskonzernen. Das ist jener Bereich, den Snowden als die „Kronjuwelen“ der NSA bezeichnet.

Diesmal aber war etwas schiefgelaufen bei den Edelsteinhütern. Einer der Analysten dieser Einheit berichtete an diesem 14. März 2013 über einen Zwischenfall. „Nicht eingeweihte“ Mitarbeiter eines Telekommunikationsunternehmens hätten das Programm „Wharprdrive“ entdeckt, für das ein Glasfaserkabel angezapft worden war. „Eingeweihte Kräfte des Partners“,

so erklärte er weiter, „haben die Spuren entfernt und eine glaubwürdige Legende geschaffen.“ Man habe angeboten, so heißt es in einem internen NSA-Papier, ein Team zusammenzustellen und das Equipment unauffällig wieder zu installieren.

Die hochsensible Operation führte die NSA ganz offensichtlich nicht allein aus. Allem Anschein nach hatte sie dabei Hilfe aus Deutschland, genauer gesagt vom Bundesnachrichtendienst (BND). Der Deckname „Wharprdrive“ taucht in einem Dokument des Whistleblowers Edward Snowden über den anstehenden Besuch einer BND-Delegation in der NSA-Zentrale in Fort Meade auf. In den Instruktionen für den Besuch der Freunde aus Pullach heißt es: „Dankt dem BND für seine Hilfe bei dem trilateralen Programm.“ Und weiter wird ausgeführt, der deutsche Dienst habe bei der Überwachungsoperation die

Führungsrolle inne, die NSA leiste technische Unterstützung.

Wo der BND gemeinsam mit der NSA und einem weiteren Partner das Glasfaserkabel angezapft hat und um welche Überwachungsziele es geht, ist den Unterlagen nicht zu entnehmen. Fragen zu „Wharprdrive“ wollten die Dienste nicht beantworten. Klar scheint aber: Der BND kooperierte aufs Engste in einem der sensibelsten Betätigungsfelder mit der NSA.

Es ist ein intransparentes, schwieriges Gebiet, die Zusammenarbeit mit den US-Diensten, zu der sich die deutschen Behörden in Folge des 11. September 2001 entschlossen haben. Intransparent, weil Parlament und Öffentlichkeit kaum überprüfen können, was genau an die Vereinigten Staaten geliefert wird. Und schwierig, weil seit Kurzem höchst offiziell die Frage gestellt wird, ob sie überhaupt rechtens ist.

BND-Gebäude in Pullach bei München



Führende deutsche Verfassungsrechtler haben da Bedenken. Vor dem NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags trugen sie vor, der BND handle womöglich verfassungswidrig, wenn er mit Daten arbeite, die er von der NSA bezogen habe. Zudem hätten Grundrechte wie das Fernmeldegeheimnis auch im Ausland und für Ausländer zu gelten – somit wäre auch die von NSA und BND gemeinsam betriebene Auslandsaufklärung nicht grundgesetzkonform, urteilten drei Schwergewichte des Rechts, Hans-Jürgen Papier, Wolfgang Hoffmann-Riem und Matthias Bäcker.

Die deutschen Geheimdienste hingegen betrachten ihre Zusammenarbeit mit der NSA als unerlässlich. Sei es zur Terrorabwehr, beim Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder im Einsatz gegen die organisierte Kriminalität. Offiziell, so legt es ein als geheim einge-

stufes Papier nahe, das die Bundesregierung auf Anfrage der Opposition erstellte, führt der BND keine Statistik darüber, wie viele Verbindungsinformationen über Telefonate, Mails und Kurznachrichten, sogenannte Metadaten, er an die amerikanischen Dienste weitergibt. „Alle Metadaten“, die von der NSA-Dependance im bayerischen Bad Aibling erfasst werden, so heißt es in der offiziellen Antwort, würden „verfügbar gemacht“. Darüber hinaus seien sowohl 2012 als auch 2013 jeden Monat mehr als drei Millionen sogenannte Inhaltsdaten übermittelt worden – also abgehörte Gespräche oder Nachrichten.

Diese Zahlen und Fakten, die bislang nur ausgewählte Parlamentarier erfuhren, bieten einen Einblick in die deutsch-amerikanische Schlapphut-Freundschaft. Ein viel umfangreicheres Panorama der Kooperation zeigen Recherchen des SPIEGEL und Dokumente aus dem Bestand des Whistleblowers Edward Snowden auf, die die Redaktion einsehen konnte.

Demnach ist der Austausch von Daten, Spähwerkzeugen und Know-how viel intensiver, als es selbst Experten bislang bekannt war. Angesichts dieser engen Partnerschaft wirken Erklärungen des BND, wonach er angeblich keine näheren Kenntnisse von Programmen und Methoden der NSA habe, zumindest erstaunlich.

Es gibt einen Ort in Deutschland, an dem sich der transatlantische Pakt besonders gut beschreiben lässt: Er liegt in den Voralpen, im malerischen Mangfalltal. In dem 18000-Einwohner-Städtchen Bad Aibling unterhielt die NSA jahrzehntelang ihren größten Lauschposten auf Bundesgebiet. Bis zu 1800 Mitarbeiter waren hier stationiert, sie feierten bei Chicken-Joe, einer kleinen Kneipe an der Ausfahrt des US-Camps, sie besuchten Johnny's Bowling, kreuzten in ihren amerikanischen Geländewagen mit US-Kennzeichen durchs Zentrum.

Wie beliebt der Ort unter den Amerikanern ist, geht aus einer „Kleinen Bad Aibling Nostalgie“ hervor, die NSA-Mitarbeiter in ihrem Intranet veröffentlichten. Dort erinnern sie sich wehmütig an „Freibier“ und bayerischen Leberkäse, der erstaunlicherweise ja weder aus Leber noch aus Käse gemacht werde. Auch die Einheimischen mochten die Agenten, die für sie verlässliche Mieter waren. „Bei mir wohnten zwei Männer, die sich auf arabische Dialekte spezialisiert hatten“, erinnert sich der Schmuckhändler Max Regensburger, „nette Leute.“ Vom Bäcker über den Metzger bis zum Tischler profitierten alle von den Bedürf-

nissen der Amerikaner. Als diese 2004 ihre Basis räumten, schwenkten die Bad Aiblinger US-Fähnchen.

Aber die NSA ging nicht so ganz. Zwar übernahm der BND ein Großteil der Einrichtungen, darunter auch die neun weißen Antennenkugeln (Radome), die wie übergroße Golfbälle in der Landschaft liegen. Doch eine kleine Spezialeinheit der NSA zog ein paar hundert Meter entfernt in die Mangfall-Kaserne ein, in der bereits BND-Agenten saßen. Die Amerikaner ließen eigens ein fensterloses Gebäude errichten, mit einer Außenfassade aus schwarz lackiertem Metall.

„Blechdose“ nennen die BND-Leute den Komplex der Amerikaner, die hier ihre „Special US Liaison Activity Germany“, kurz Suslag, stationiert haben. Auch wenn die bloße Existenz dieser Einheit als geheim eingestuft ist. Unter Kollegen kennt man sich, schätzt sich, arbeitet zusammen.

Wie die Kooperation zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten in Bad Aibling offiziell angelegt ist, dokumentiert ein Vertragswerk, das bereits zwei Jahre vor dem offiziellen Abzug der NSA unter der Federführung des damaligen Kanzleramtschefs Frank-Walter Steinmeier (SPD) formuliert wurde. Das am 28. April 2002 unterzeichnete „Memorandum of Agreement“ ist sechs Seiten lang, „streng geheim“ gestempelt und stammt nicht aus Snowdens Fundus.

Darin gibt es zunächst vor allem allgemeine Erklärungen zur „guten Zusammenarbeit“, ans Eingemachte geht es in einem 74-seitigen Anhang. Dort verständigen sich beide Seiten auf gemeinsame Spionage-

 **Der Zeitgeist**
(C) Joint SIGINT Activity (JSA)

F. (S//SI//REL TO USA, AUS, CAN, DEU, GBR, NZL) JSA MISSION				
1.	(S//SI//REL TO USA, AUS, CAN, DEU, GBR, NZL) The identification of the JSA mission as follows: “The JSA is a joint NSA/BND organization whose mission is SIGINT development and collection of digital network communications and international telecommunications traffic.”	SECRET//COMINT//REL TO USA, AUS, CAN, DEU, GBR, and NZL	1.4 (c) (d)	20291123
2.	(S//SI//REL TO USA, AUS, CAN, DEU, GBR, NZL) The fact that NSA and BND jointly, as JSA, perform SIGINT collection at Mangfall Kaseme.	SECRET//COMINT//REL TO USA, AUS, CAN, DEU, GBR, NZL	1.4 (c) (d)	20291123
3.	(S//SI//REL TO USA, AUS, CAN, DEU, GBR, NZL) Details regarding SIGINT collection performed by JSA at Mangfall Kaseme.	SECRET//COMINT//REL TO USA, AUS, CAN, DEU, GBR, NZL (at a minimum)	1.4 (c) (d)	20291123

Transatlantischer Geist Logo gemeinsamer Einheit (o.), NSA-Dokument zur „Sammlung digitaler Netzwerkkommunikation“ (1), dem zufolge „geheim“ zu halten sei, dass NSA und BND zusammen Überwachung in der Mangfall-Kaserne betreiben (2) sowie Details darüber (3)



Mangfall-Kaserne in Bad Aibling: „Zwei aufregende Joint Ventures“ zwischen BND und NSA

themen und -ziele, wie die Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Das schnöde Abhören ist kein Thema, zunächst einmal. Vielmehr verpflichten sich die Vertragspartner, Grundrechte wie das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis zu achten, mithin keine Deutschen und keine Amerikaner auszuforschen. Das gelte für „reale“ und „juristische Personen“, also Firmen oder Verbände.

Und selbst in diesem Memorandum kommt es aufs Kleingedruckte an, auf die Zusätze, die Ausnahmen. Und siehe da: Im Falle „terroristischer Aktivitäten“ ist das Tabu kein Tabu mehr. Wenn sich bei abgefangenen Signalen brisanten Inhalts im Nachhinein herausstellt, dass sie von einem Deutschen stammen, können sie trotzdem verwendet werden – wenn der Partner informiert wird und seine Zustimmung erteilt. Das Gleiche gilt, wenn sich die „Endpunkte“ der belauschten Kommunikation im jeweils anderen Land befänden.

Laut Grundgesetz ist dem BND ein Lauschangriff auf Bundesbürger verboten. Öffnet das Kleingedruckte im Memorandum also eine Hintertür? Liefert die NSA Informationen über Radikale, die der deutsche Auslandsdienst gar nicht haben darf?

Der BND will auf Anfrage von Ausnahmeregelungen nichts wissen und erklärt: „Es wurde zu keinem Zeitpunkt von den gesetzlichen Regelungen abgewichen.“

Ob die Deutschen überhaupt wissen, was die Geheimdienstkollegen von der NSA in Bad Aibling genau anstellen, scheint fraglich. Denn laut Vertrag können sie eigene Aufklärungsoperationen durchführen – und müssen lediglich bereit sein, Einblick in die Auftragserteilung und die Auftragserfassung zu gewähren.

Die NSA-Leute zeigen sich internen Dokumenten zufolge jedenfalls begeistert von Bad Aibling. Dort entstanden nämlich gleich „zwei aufregende Joint Ventures“ – Arbeitsgruppen zur gemeinsamen technischen Aufklärung (die Joint Sigint Activity, JSA) und sogar zur Auswertung abgefangener Signale (Joint Analysis Center, JAC).

Snowdens Dokumente vermitteln auch eine Idee, was die transatlantischen Verbündeten konkret trieben. So arbeiteten beispielsweise bereits 2005 fünf zivile NSA-Mitarbeiter als „integrierter“ Bestandteil einer BND-Operation namens Orion „Seite an Seite“ mit BND-Analysten gegen Ziele jenseits der Nato-Ostgrenze.

Den Unterlagen zufolge liegen die von BND und NSA gemeinsam überwachten Ziele vorwiegend in Afrika und Afghanistan. Verdächtig ist allerdings, dass in einem Dokument von 2009 eine Liste von Firmen und Organisationen mit den Domain-Endungen .com, .net und .org erscheint, die explizit von der Überwachung ausgenommen werden sollen, weil es sich dabei um deutsche Adressen handle. basf.com und bundeswehr.org stehen auf der Liste, aber auch Domains wie orgelbau.com und feuerwehr-ingolstadt.org.

Augenscheinlich handelt es sich um Adressen, die ins Raster geraten waren und sich erst danach als deutsch entpuppten. Das würde bedeuten: Die Filtersysteme, die der BND nach eigener Darstellung im Einsatz hat, verhindern nicht zuverlässig, dass deutsche Ziele mit .com- oder .org-Adressen in die Überwachung geraten – und dass diese Beute offenbar nachträglich aus dem Fangnetz herausgenommen werden muss.

Der BND reagiert auf Nachfragen nach der engen Zusammenarbeit in Bad Aibling mit dem Hinweis, die „Joint Sigint Activity“ und das „gemeinsame Analysezentrum“ bestünden „seit 2012 bzw. seit 2011 nicht mehr“. Zudem vermerkt der BND in seiner Stellungnahme, es habe auch vor dem Ende der Einrichtung keine gemeinsame Überwachung stattgefunden: „Auch zuvor erfolgte die Fernmeldeaufklärung ausschließlich durch den BND.“

Aus den NSA-Dokumenten geht allerdings etwas anderes hervor, zum Beispiel in einem Bericht zum einjährigen Bestehen der „Blehdose“ auf dem Kasernengelände: Dort heißt es mit Bezug auf die JSA, die Kooperation sei als „gemeinsam besetzte und gemeinsamen Aufträgen folgende“ Überwachungseinheit „einzigartig“. Eine Geheimhaltungsvorschrift der

Amerikaner von 2005 betont sogar, dass „NSA und BND gemeinsam, als JSA, in der Mangfall-Kaserne technische Überwachung betreiben“, müsse unbedingt geheim bleiben.

Bad Aibling spielt auch eine zentrale Rolle bei der Frage, ob die NSA monatlich etwa 500 Millionen Daten in Deutschland sammelt. Darauf deutete eine Karte des Spähprogramms „Boundless Informant“ hin, die der SPIEGEL im Sommer 2013 veröffentlichte. In dieser Übersicht sind als Hauptquellen für Metadaten zwei Sammelstellen („Sigads“) mit den Codes US-987LA und US-987LB angegeben.

Demnach sind allein aus diesen beiden Quellen zum Jahreswechsel 2012/13 in gut vier Wochen rund 500 Millionen Metadaten aus Deutschland in die Datenbanken der NSA eingelaufen. In einem Dokument, in dem das Programm erklärt wird, heißt es, die Daten würden „against“, also gegen das jeweilige Land gesammelt. Im Raum stand der Vorwurf, die Amerikaner würden ganze Nationen überwachen.

Die NSA hat sich zu den beiden Sammelstellen nie explizit geäußert, aber laut BND gibt es eine Erklärung, die den Vorwurf der Spionage gegen Deutschland entkräftet: Man gehe davon aus, „dass die Sigad US 987-LA und -LB Bad Aibling und der Fernmeldeaufklärung in Afghanistan zuzuordnen sind“ – demnach stammten die 500 Millionen Datensätze vom BND, gesammelt in anderen Ländern. Allerdings schränkte der deutsche Geheimdienst ein, man könne nicht genau sagen, ob damit alle von der NSA aufgelisteten Daten erfasst seien.

Sollten die Angaben zutreffen, dann wäre die Formulierung von „Boundless Informant“ – und auch die Interpretation des SPIEGEL – falsch gewesen. Und unterm Strich wäre die BND-Einlassung ein Beleg für den enormen Datenaustausch der Deutschen mit der NSA.

Beim Programm „Wharprdrive“ betätigen sich die Spezialisten von BND-Chef Gerhard Schindler sogar als Türöffner. Laut einem Snowden-Dokument dient die Zusammenarbeit der Deutschen mit der NSA-Abteilung Special Source Operations

FOTO: THOMAS PLETTEBERG / DER SPIEGEL



US-Drohne in Afghanistan, BND-Chef Schindler in Bad Aibling: „Einzigartige Ressourcen“

dazu, „unkonventionelle Spezialzugänge“ zu Glasfaserkabeln zu erhalten.

Entsprechend voll des Respekts sind die Amerikaner, wenn sie von Überwachungsprojekten „unter riskanten Bedingungen“ schwärmen oder von „einzigartigen“ Zugängen, die ihnen der Pullacher Dienst „in Bereichen besonders interessanter Ziele verschafft“ habe.

Dass Mitarbeiter von BND und NSA nicht nur eng zusammenwirken, sondern sich bisweilen auch technisch auf Augenhöhe begegnen, belegt ein Papier aus dem Jahr 2006. Seinerzeit besuchten US-Geheimdienstler die BND-Dependance im niedersächsischen Schöningen. Sie liegt nur ein paar Kilometer entfernt von den Fachwerkhäusern am Marktplatz, früher horchte der BND von hier aus in die nahe gelegene DDR hinein.

Es waren die Wochen rund ums Fußball-Sommermärchen, die Weltmeisterschaft in Deutschland, als US-Analysten sich von BND-Kollegen elektronische Werkzeuge vorführen ließen. Das Equipment, vermerkten die Gäste in einem Protokoll, sei teilweise leistungsfähiger als das eigene.

Schon damals arbeitete der BND in Schöningen demnach an Algorithmen, mit denen sich soziale Netzwerke für Geheimdienstzwecke ausbeuten lassen – etwa um Muster oder Anomalien zu entdecken. Die Amerikaner signalisierten gleich in der Betreffzeile des Protokolls ihre Achtung vor den Deutschen: „Besucher beeindruckt von Software-Demos.“ Auch die Überwachungsergebnisse aus Afghanistan, „die der BND täglich mit uns teilt“, hoben sie hervor.

Überhaupt Afghanistan. Zu keinem Thema findet sich in Snowdens Unterlagen mehr Lob für den BND. Die NSA ist von dem, was deutsche Agenten am Hindukusch leisten – und mit ihr teilen –, geradezu begeistert. Mehrfach lobt die Agency die Deutschen für ihre „Führungsrolle“ und dass sie zusätzliche Überwachungsziele ins Visier genommen haben: nämlich neben den militärischen auch zivile.

Wie aus einer Präsentation über die Zusammenarbeit von 14 Nachrichtendiensten

in Afghanistan hervorgeht, können die Partner in „Nahezu-Echtzeit“ Aufklärungsergebnisse austauschen, darunter die Inhalte entschlüsselter Mobilfunkgespräche, Warnhinweise, aber auch „Target Packages“, also Zielinformationen.

Als der SPIEGEL im vorigen Sommer über diese Weitergabe von Zielinformationen berichtete, dementierte der BND dies nicht. Er bestritt aber, dass die Daten als Grundlage für amerikanische Drohnenangriffe taugten.

So einfach liegen die Dinge aber nicht. Zwar kann man über eine in einer bestimmten Funkzelle eingeloggte Handynummer noch keinen genauen Drohnenangriff steuern. Doch die Drohnen verfügen längst über sogenannte Imsi-Catcher. Sie agieren wie ein Funkmast, den die Handys automatisch anpeilen, sobald die Drohne am Himmel auftaucht. Somit könnten Metadaten aus dem Überwachungsaufkommen des BND sehr wohl dazu beitragen, die tödliche Drohne an ihr Ziel zu führen. Jüngst bestätigte sogar der ehemalige NSA- und CIA-Chef Michael Hayden: „Wir bringen Menschen auf der Grundlage von Metadaten um.“

Zudem geht aus neuen Dokumenten hervor, welche Bedeutung die von Bundesbeamten geleistete technische Aufklärung in Afghanistan für das US-Militär haben kann. Die Deutschen liefern wie ihre 13 Partner am Hindukusch Informationen an eine Einheit auf dem US-Stützpunkt Bagram. Dort sitzt auch die „Cryptologic Services Group“ der NSA. Die wiederum versorgte mit ihren Angaben auch umstrittene Spezialkräfte wie die geheime „Task Force 373“, deren Auftrag es war, hochrangige Taliban und Qaida-Akteure gefangen zu nehmen oder zu töten (SPIEGEL 30/2010).

Aus dieser Verwertungskette ergeben sich heikle Fragen an die Bundesregierung und deren Auslandsgeheimdienst. Fragen nach einer indirekten Beteiligung an Kollateralschaden – auch Zivilisten oder Polizisten ums Leben kommen können.

Antworten dazu gibt es auch auf Nachfrage keine. Nur pauschale Einlassungen wie jüngst jene von Bundesinnenminister Thomas de Maizière bei einer Veranstaltung in Berlin: Die Vereinigten Staaten seien Deutschlands wichtigste Verbündete, und „diese gute Zusammenarbeit werden wir, wenn es nach uns geht, uneingeschränkt fortsetzen und intensivieren“.

In Snowdens Material finden sich zahlreiche Belege dafür, dass deutsche Behörden dies auch versuchen. Im April 2013 besuchte eine Delegation des Bundesnachrichtendienstes unter der Leitung des Beamten Dietmar B. die NSA. Der BND wolle „dringend seine Fähigkeiten bezüglich Zielen in China, Iran, Pakistan, Syrien, Jemen und Nordkorea präsentieren mit dem Ziel, die Partnerschaft auszubauen“, notierten die NSA-Leute. Man begrüße „den Eifer des BND, die Kooperation mit der NSA zu stärken und auszubauen“.

In anderen Dokumenten heißt es, der BND habe „Transkriptionen“ zu afrikanischen Sprachen angeboten, „zu denen er einzigartige Ressourcen hat“. Und anerkennend wird erwähnt, dass der BND seine Ergebnisse aus der Überwachung der Außenministerien zweier Staaten teile; Gleiches gelte für die Internettelefonie aus einem Krisenstaat im Nahen Osten.

Mag das deutsch-amerikanische Verhältnis auf hoher Regierungsebene so angespannt wie selten zuvor sein: Zwischen dem eifrigen BND und der gierigen NSA scheint alles im Lot.

Nur in einem Punkt reagieren die Partner aus Übersee verhalten. Es geht um den Wunsch der Deutschen, Material aus der NSA-Überwachung in „öffentlichen Gerichtsverfahren“ zu verwenden. Man sei besorgt, heißt es in einem Papier aus dem April 2013, dass die Offenlegung von Überwachungsfähigkeiten vor einem deutschen Gericht Konsequenzen haben könnte – und „das gewünschte und geplante Level der Kooperation“ nicht zu bewahren wäre.

Manchmal stört er die Amerikaner doch, der deutsche Rechtsstaat.

Hubert Gude, Andy Müller-Maguhn, Laura Poitras, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler, Fidelius Schmid

FOTOS: BONNY SCHOONAKKER / AFP (L.); NICKELS / FACE TO FACE (R.)

fan Niggemeier oder Mediendienste wie Meedia schauen uns ständig auf die Finger. Es ist gut, dass es diese Kontrolle der Kontrolleure gibt. Auch die Macht der Medien wird beschränkt.

Was die Kontrolleure wohl nicht finden werden, sind Absprachen zwischen großen Medien, gemeinsame Kampagnen. Journalisten suchen nicht das Gemeinsame, sondern den Unterschied. Sie wollen sich abheben von den Kollegen, exklusive Nachrichten zutage fördern, originelle Meinungen äußern. Manchmal allerdings ist die Lage so, dass man kaum verschiedener Ansicht sein kann.

Aber er sei doch unschuldig, sagt nun Wulff. Er habe einen Freispruch erster Klasse in der Tasche. Das stimmt, und damit ist etwas Wichtiges geklärt. Er hat sich strafrechtlich nichts zuschulden kommen lassen, er war nicht korrupt, hat nicht Vergünstigungen angenommen und die mit politischen Gefälligkeiten vergolten. Er ist ein unbescholtener Bürger. Aber damit war er noch nicht der richtige Präsident.

Es heißt, jemand bekleide ein Amt. Aber es ist auch umgekehrt. Ein Amt bekleidet seinen Inhaber. Es legt ihm einen Mantel der Erwartungen um, gestaltet aus den Vorstellungen, die sich aus der Ge-

schichte des Amtes, den Auftritten der Amtsträger und den Gesetzen ergeben. Diesen Mantel muss man tragen können, er muss passen.

Wulff verfolgt in seinem Buch die Strategie, dass er nahezu alle seine Fehler selbst benennt und verurteilt. So will er das gleichsam abtrennen, damit er mit dem Rest gut dastehen kann.

Er schreibt, dass es ein Fehler gewesen sei, bei Carsten Maschmeyer auf Mallorca Urlaub zu machen. Dass es ein Fehler gewesen sei, sich mit *Bild* einzulassen. Dass es ein Fehler gewesen sei, Diekmann auf die Mobilbox zu sprechen. Dass es ein Fehler gewesen sei, dem niedersächsischen Landtag zu sagen, er habe keine geschäftlichen Beziehungen zu seinem Freund Egon Geerkens, dabei aber nicht zu erwähnen, dass dessen Frau Edith den Wulffs einen Kredit über 500 000 Euro für ihr Haus gegeben hatte. Dass er sich als Bundespräsident hier und dort ungeschickt geäußert habe. Dass er später bei seinem Krisenmanagement „schwere Fehler“ gemacht habe.

Was er, mit Absicht, nicht verstehen will, ist der Unterschied zwischen einem juristischen Urteil und einer politischen Bewertung. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es viele Rücktritte von Poli-

tikern. Die wenigsten hatten damit zu tun, dass Staatsanwälte ermittelten oder anklagten. Manche, wie Wolfgang Schäuble oder Lothar Späth, mussten ihr Amt nach nur einem jener Fehlritte aufgeben, die sich Wulff in Reihe geleistet hat.

Es bleibt dabei. Christian Wulff fehlte das Gespür für sein politisches Dasein, später das Gespür für das Amt des Bundespräsidenten. Der Mantel hat nicht gepasst.

Darf sich deshalb ein Journalist oder ein Medium anmaßen, einen Rücktritt zu fordern? Ja. Ein Politiker bekommt sein Amt meist über den öffentlichen Diskurs, und er kann es im öffentlichen Diskurs verlieren. Nach einer Rücktrittsforderung folgt in der Regel die Erwiderung, von anderen Medien, von Politikern. In dieser Debatte entsteht der Eindruck, ob jemand im Amt bleiben sollte oder nicht. Diesmal blieb sie weitgehend aus, aber nicht wegen einer böartigen Medienkampagne.

Heute zeigt sich Steinbrück zerknirscht, dass er Wulff damals nicht zur Seite gesprungen ist. Das ist fast niemand. Noch vor der Entscheidung der Staatsanwälte waren fast alle Journalisten und Politiker der Meinung, dass Wulff zu viele Fehler gemacht hatte für dieses Amt. Das hat er jetzt in gewisser Weise bestätigt.

2014



Ab sofort bleiben auch Bälle „bei Fuß“. Dank seiner ausgeklügelten Kunststoffbeschichtung ist der neue **WM-Ball** bei jedem Wetter griffig und sorgt für eine sichere Führung bis ins Tor.

2022

Endspiel dabei: die Chemie.

2018

Zu den Entdeckungen der Chemie gehören zwar keine Fußballtalente, aber dafür fast alles, was man für ein unvergessliches WM-Erlebnis braucht: Leichtbauteile für Flugzeuge, LED-Videowände für den kollektiven Fanjubiläum und High-Tech-Kunststoffe für präzisere Fußballbälle. So kommt bei der WM alles an seinen Platz: die Zuschauer ins Stadion, das Bild auf die Videowand und der Ball ins Tor. www.ihre-chemie.de

Ihre Chemie.

Freuen Sie sich auf die Zukunft.